



EU-ASIA ECONOMIC GOVERNANCE FORUM

(Gastbeitrag, Oktober 2015)

Japan: Abenomics mit Licht und Schatten

Autor: Dr. Detlef Rehn, freier Wirtschaftsjournalist

Für Japans Regierung soll die Entwicklung der Wirtschaft "ab sofort" wieder an erster Stelle stehen, kündigte Premierminister Shinzo Abe am 24. September 2015 auf einer Pressekonferenz an und stellte eine neue Version seines "Abenomics" genannten Wirtschaftsprogramms vor. Obwohl der Regierungschef noch im Dezember 2014 vorgezogene Unterhauswahlen vor allem damit begründete, ein neues Mandat für seinen Wirtschaftskurs zu bekommen, hatte er sich nach seinem großen Abstimmungssieg tatsächlich vor allem darauf konzentriert, neue, umstrittene Sicherheitsgesetze durch das Parlament zu bringen. Sie wurden am 19. September 2015 vom Oberhaus gebilligt. Wegen der zeitaufwändigen Diskussionen widmete sich die Regierung der Umsetzung ihres Wirtschaftsprogramms mit deutlich weniger Energie als zuvor.

"Abenomics" in ihrer ursprünglichen Form, also die Kombination aus ultralockerer Geldpolitik, flexibler Fiskalpolitik und Strukturreformen, fanden zunächst im In- und Ausland viel Zustimmung, versprachen sie doch, Japans Wirtschaft aus

der Lethargie der vergangenen zwanzig Jahre herauszuholen. Erfolge blieben nicht aus. Die Wirtschaftsleistung wuchs 2013 preisbereinigt um 1,6%. Die starke Verbilligung des Yen half den Exporten und ließ vor allem in den ausfuhrorientierten Großunternehmen die Gewinne kräftig sprudeln; auch die Kurse an der Tokioter Börse stiegen zeitweilig auf lange nicht mehr gesehene Höhen.

Inzwischen aber hat sich die Entwicklung deutlich verlangsamt; es besteht sogar die Gefahr, dass Japan zwischen Juni und September 2015 wieder in eine Rezession gerutscht ist. Externe Faktoren, so die Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums, hier insbesondere Einbußen im Geschäft mit der Volksrepublik China, sowie der Verfall der internationalen Rohstoffpreise, wirken sich sichtbar auf die japanischen Exporte aus. Mindestens ebenso wichtig aber sind die vielen heimischen Probleme, die sich als sehr hartnäckig erweisen. Japans Bevölkerung wird kleiner und altert rasch. Löhne und Gehälter steigen nurmäßig, und dies beeinflusst die Konsumneigung. Zudem ist die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen im Inland nicht sehr stark ausgeprägt, auch wenn die Ertragslage gut ist. Viele sind enttäuscht, dass Abe seine Ankündigung, die verkrusteten Strukturen "kühn" zu reformieren und zu deregulieren, bisher nur sehr bedingt wahr gemacht hat.

Dass Japans Wirtschaft unter den vielen Problemen dauerhaft leiden wird, glauben die meisten Konjunkturforscher nicht. Allerdings haben sie ihre kurzfristigen Prognosen nach unten korrigiert. Der Internationale Währungsfonds beispielsweise erwartet für 2015 nur noch ein Realwachstum von 0,6 Prozent; im Sommer 2015 hielt er noch 0,8 Prozent für möglich. 2016, so die allgemeine Einschätzung im In- und Ausland,



Social and Economic Governance
Programme Asia / Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5047
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan



soll es mit der Wirtschaftleistung dann wieder aufwärts gehen (z.B. IWF: +1,0%).

Abenomics 2.0

Mit einem inhaltlich neu gefassten Programm - "Abenomics 2.0" - will der japanische Premier wieder in die Offensive. Zwar haben die Bekämpfung der Deflation und die Belebung der Wirtschaft weiterhin oberste Priorität, doch kommen nun sozial- und bevölkerungspolitische Komponenten hinzu. Damit reagiert die Regierung auch auf Bevölkerungsumfragen etwa der Zeitung Nikkei von Anfang Oktober 2015: In ihr hatte die Hälfte der Befragten Reformen der Renten- und Sozialversicherungssysteme als wichtigste Aufgabe des Kabinetts genannt. Solche Umfragen gewinnen noch dadurch an Bedeutung, dass im Sommer 2016 in Japan ein neues Oberhaus gewählt wird und es für Abe auf jede Stimme ankommt, will er sein oberstes politisches Ziel, eine Änderung der japanischen Verfassung, nicht von vorneherein ad acta legen müssen.

Unter der Überschrift "Eine starke Wirtschaft" stellt der Premierminister in Aussicht, die heimische Wirtschaftsleistung in den kommenden Jahren um rund 22 Prozent auf nominal 600 Billionen Yen zu erhöhen. Zeitlich legte er sich nicht fest, doch ist in offiziellen Prognosen der Regierung zur mittelfristigen Konjunkturentwicklung von etwa 2020/2021

die Rede. Um das Ziel zu verwirklichen, werden die Elemente der ersten "Abenomics"-Version in diesen Schwerpunkt eingebaut.

Mehr Unterstützung für Familien ist der zweite "Pfeil" der

neuen "Abenomics". Japans Bevölkerung schrumpft unaufhörlich; um diesen Trend aufzuhalten, sollen Japanerinnen mehr Kinder bekommen. Ziel sind im statistischen Durchschnitt 1,8 Kinder pro Frau, 2013 waren es nur 1,4. Abe versprach zudem, dass Japan in 50 Jahren noch 100 Millionen Einwohner haben werde. Derzeit sind die Prognosen sehr viel skeptischer: Lediglich 87 Millionen Japaner werde es 2060 geben, gab das Nationale Institut für Bevölkerung und Soziale Sicherheit 2012 bekannt. Drittens kündigte Abe an, die Sozialversicherungen so reformieren zu wollen, dass niemand mehr wie bisher die berufliche Tätigkeit aufgeben muss, um sich der Pflege von Familienangehörigen widmen zu können.

Wie all dies miteinander vereinbart und angesichts der hohen öffentlichen Verschuldung auch finanziert werden kann, ließ Abe offen. Entsprechend fielen die Reaktionen aus Wirtschafts- und Finanzkreisen auf "Abenomics 2.0" bislang meist nur zurückhaltend aus. So begrüßte zwar Yoshimitsu Kobayashi, der Präsident der Japan Association of Corporate Executives (Keizai Doyukai), die Refokussierung der Regierung auf die Wirtschaft. Allerdings hält er das Ziel eines Inlandsprodukts von 600 Billionen Yen nur für eine Art "politischer Botschaft", nicht aber für eine realistische Vorgabe ("Keizai Doyukai chief: No way to achieve Abe's GDP goal", AJW/Asahi, 30.9.15).

Über höhere Arbeitseinkommen zu mehr Konsum?

Will Japan dauerhaft wachsen, muss ein "positiver Kreislauf" in Gang gesetzt werden: Wenn die Beschäftigten mehr verdienen, können sie auch mehr konsumieren, die Preise steigen, und dies wiederum veranlasst die Unternehmen, mehr zu produzieren und zu investieren. Die Wirtschaft ist diesem Gedanken der "Abenomics" trotz



Social and Economic Governance
Programme Asia / Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan



energischen Drängens der Politik anfangs eingeschränkt gefolgt. 2014 erhöhten zwar zahlreiche Unternehmen die Boni ihrer Mitarbeiter, doch stiegen die regulären Löhne und Gehälter vielfach nur wenig. Dies hat sich im Fiskaljahr 2015 etwas geändert. Wie der Arbeitgeberverband Keidanren Mitte April 2015 in Umfragen ermittelte, erhalten die Mitarbeiter in 62 Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten durchschnittlich 2,59 Prozent mehr. Absolut entspricht dies einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 8.502 Yen im Monat. Dies wäre der höchste Zuwachs in 17 Jahren (Nikkei Asian Review, 17.4.15). Ferner wollen 461 kleine und mittlere Unternehmen die Löhne um durchschnittlich 1,87 Prozent oder monatlich 4.702 Yen anheben.

Dennoch spiegeln die Lohnzuwächse nicht die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt wider (OECD, Employment Outlook 2015). Mitarbeiter zu finden, ist sehr schwierig; die Arbeitslosenquote von 3,4 Prozent (August 2015) liegt auf einem seit 1997 nicht mehr gesehenen Niveau. Ein Grund für die Diskrepanz ist, dass die Entlohnung angesichts einer geringen Mobilität der japanischen Beschäftigten nur langsam auf Veränderungen des Arbeitsmarktes reagiert (OECD, Economic Survey Japan 2015, S. 18f.).

Der private Verbrauch und die Preise entwickeln sich vor diesem Hintergrund nur eingeschränkt in die erhoffte und gewünschte Richtung. Die monatlichen Konsumausgaben in Haushalten mit mehr als zwei Personen drehten erst im Mai 2015 wieder ins Plus, nachdem sie zuvor nach der Verbrauchsteuererhöhung von 5 auf 8 Pro-

zent zum 1. April 2014 durchweg gefallen waren. Die Verbraucherpreise, die noch bis Ende 2014 durchweg 2 bis 3 Prozent über dem Stand des Vorjahres notierten, sind seit April 2015 erneut ins Rutschen geraten; im August 2015 lag der Index (ohne frische Lebensmittel) sogar bei -0,1 Prozent. Ein Hauptgrund hierfür sind die wegen der Verbilligung bei Mineralölprodukten gefallenen Energiepreise. Ohne diesen Effekt betrug die Teuerungsrate 0,8 Prozent.

Auch wenn Zentralbankgouverneur Kuroda Anfang Oktober 2015 erklärte, Japan habe die Deflation überwunden ("Japan out of inflation, Kuroda says", Nikkei Asian Review, 8.10.15), ist das Inflationsziel von 2 Prozent, das am Beginn der "Abenomics" verkündet worden war, noch in weiter Ferne. Nach Meinung von Takahide Kiuchi, einem Ratsmitglied der Bank of Japan, wird diese Marke wohl nicht vor Anfang 2018 erreicht (Reuters, 3.9.15).

Inländische Investitionen: Die Unternehmen zieren sich

Obwohl besonders Japans Großunternehmen unter anderem wegen der Abwertung des Yen in den vergangenen drei Jahren ihre Erträge kräftig steigern konnten, haben sie sich bei der Anschaffung neuer Anlagen und Ausrüstungen im Inland sehr zurückgehalten. So haben zum Beispiel die Großfirmen des verarbeitenden Gewerbes im Fiskaljahr ihre Investitionen 2014 gegenüber dem Vorjahr nur um 3,7 Prozent erhöht, obwohl sie Investitionssteigerungen von 18,5 Prozent in Aussicht gestellt hatten (Unternehmensbefragung der Development Bank of Japan (DBJ), Juni 2015, nur japanisch).

Die Regierung sähe gerne, dass die Unternehmen mehr Signale setzen, und fordert sie energisch auf, sich stärker zu engagieren ("Government urges businesses to in-



Social and Economic Governance
Programme Asia / Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan



crease investment to lift economy", Nikkei Asian Review, 16.10.15). Die Unternehmen ihrerseits verweisen auf die vielen strukturellen Probleme wie eine zu hohe Körperschaftsteuer und vor allem die Knappheit an Arbeitskräften.

Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, will die Regierung beispielsweise mehr Frauen in den Arbeitsprozess integrieren. Fortschritte hierbei sind erkennbar, doch müssten noch mehr Reformen angegangen werden, meint der IWF (IMF Survey - Japan: Ramping up Policy Actions for Lasting Economic Change, 30.7.15). Eine Maßnahme wäre etwa, durch Deregulierung mehr Einrichtungen für die Kinderbetreuung zu schaffen. Die Unternehmen selbst sehen der DBJ-Umfrage zufolge in der Einstellung von mehr Frauen, aber auch von älteren Menschen eine Lösung, die Mitarbeiterknappheit zu überwinden. Auf mehr Ausländer zurückzugreifen, wird demgegenüber aktuell nur von einer vergleichsweise geringen Zahl der Unternehmen erwogen. Über diesen Punkt diskutieren Wirtschaft und Politik jedoch sehr intensiv. Darüber hinaus denken besonders die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes darüber nach, mehr in arbeitssparende Ausrüstungen zu investieren.

Um die Fertigung im Inland zu stärken, will die Regierung vor allem die Produktivität in der Wirtschaft verbessern. So soll sich Japan sehr viel stärker als bisher mit der

"vierten industriellen Revolution" befassen: Schlagworte sind "Internet of Things", "Big Data", die Künstliche Intelligenz und auch das besonders in Deutschland verfolgte Konzept der "Industrie 4.0". Das Wirtschaftsministerium (METI) ist seit dem

17. September 2015 zusammen mit dem privaten Sektor dabei, eine neue Industriestrategie auszuarbeiten.

Außenhandel: Die große Chance der Transpazifischen Partnerschaft

Trotz der Abwertung des Yen und einer zeitweilig guten globalen Konjunktur haben sich Japans Exporte in den vergangenen Jahren vergleichsweise schwach entwickelt. 2014 betrug der Ausfuhrwert 73,1 Billionen Yen; dies waren zwar 4,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor, doch fast 13 Prozent weniger als im Rekordjahr 2007. Im Verlauf von 2015 haben sich die Ausfuhren weiter verlangsamt und lagen im September nur noch um 0,6 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Gründe hierfür sind in erster Linie die konjunkturellen Schwächen der Schwellenländer und hier besonders China, Japans größter Handelspartner; es wirkt sich aber auch die unsichere Lage in Europa negativ aus.

Auch strukturelle Probleme verhindern, dass die japanischen Ausfuhren wieder an die glorreichen Zeiten der Vergangenheit anknüpfen. Wie der IWF schreibt, scheint die Tatsache, dass japanische Unternehmen schon seit vielen Jahren ihre Produktion oder Teile davon ins Ausland verlagert haben und von ihren überseeischen Standorten aus den Weltmarkt bedienen, die Exporte aus Japan heraus nachteilig zu beeinflussen (IMF Survey, Japan, a.a.O., S. 22). Hieran ändert sich nichts, auch wenn es in Einzelfällen zu einer Produktionsrückverlagerung nach Japan kommt, oder die Inlandsinvestitionen etwas stärker als die im Ausland steigen (DBJ-Umfrage).

Anfang Oktober 2015 einigten sich zwölf Staaten der asiatisch-pazifischen Region, darunter neben Japan auch die USA und Australien, nach über fünfjährigen Verhandlungen auf die großen Linien eines Freihan-



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Social and Economic Governance
Programme Asia / Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan



delsabkommens (Transpazifische Partnerschaft, TPP). Japans Regierung erwartet sehr viel hiervon. "Es ist die Trumpfkarte der Wachstumsstrategie", erklärte Abe nach der Unterzeichnung der Übereinkunft (Japan Times, 10.10.15).

Wann es zu einer Ratifizierung kommt, ist jedoch noch unsicher, denn die Parlamente aller Länder müssen zustimmen, und zahlreiche Punkte sind noch umstritten. Vereinbart wurde, dass nach Inkrafttreten die Zölle für mehr als 99 Prozent der japanischen Industrieprodukte schrittweise gesenkt werden. Dies würde die Ausfuhren in einer Reihe von Branchen, so etwa in der Zuliefererindustrie oder in der Chemie, begünstigen. Umgekehrt sagte Japan zu, das Gleiche unter anderem für fast 1.900 Güter der Land-, Forst- und Fischwirtschaft zu tun.

Das TPP ist nicht nur für den Außenhandel von Bedeutung. Noch wichtiger für die mittel- und langfristige Entwicklung der japanischen Wirtschaft ist, dass mit dem Abkommen eine umfassende Deregulierung, so in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor angegangen werden kann. Auch im Hinblick auf Beseitigung der tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse, die die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Bereichen behindern, kann das TPP eine große Hilfe sein. (IMF Survey).

Ausblick

Eine zentrale Frage, die Japans Regierung schnell beantworten muss, ist, wie sie ein gesundes Verhältnis zwischen Wachstum und finanzieller Konsolidierung erreichen will. Die Staatsverschuldung beträgt

246 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und der Inselstaat rutscht immer tiefer in die roten Zahlen. Höhere Steuereinnahmen und Ausgabenkürzungen sind in dieser Situation unvermeidlich. Die Anhebung der Verbrauchsteuer um weitere zwei Punkte auf 10 Prozent zum 1. April 2017 war ursprünglich bereits für Oktober 2015 vorgesehen, doch entschied sich Abe im November 2014 nach den sehr negativen Reaktionen auf den ersten Schritt zu einer Verschiebung. Sollte sich die Konjunktur nicht deutlich verbessern, ist eine weitere Aussetzung denkbar. Auch über ermäßigte Sätze für einzelne Produktgruppen wird seit September 2015 diskutiert.

Im Hinblick auf die finanzielle Konsolidierung will die Regierung innerhalb eines Jahres einen Reformplan vorlegen, gab Abe Anfang Oktober 2015 bekannt. Veränderungen in der Sozialversicherung sind dabei zu erwarten. So sollen zum Beispiel der Ausgabenzuwachs für die soziale Sicherheit alter Menschen gedeckelt werden. "Nur diskutiert" wird nach Zeitungsberichten die Frage, ob auch die Zuzahlungen von Patienten bei Arztbesuchen erhöht werden sollen (Nikkei Asian Review, 8.10.15).

In- und ausländische Beobachter sind sich einig, dass die "Abenomics" längerfristig nur erfolgreich sein können, wenn sich den wohlklingenden Worten auch echte Taten anschließen (Nikkei Asian Review, 15.10.15). Passiert dies nicht, würden eine schwache Inlandsnachfrage und nur unvollständige Finanz- und Strukturreformen mittelfristig zu Stagnation führen und Zweifel an der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wecken (IMF Survey Magazine, Japan). Dies aber wäre für das Land von großem Schaden.



Social and Economic Governance
Programme Asia / Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan



(Über den Autor: Dr. phil. Detlef Rehn lebt und arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist in Japan. Nach seinem Studium in Bonn und Peking und einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bonner Ostasien Instituts arbeitete der Diplom-Volkswirt von 1990 bis zum Eintritt in den Ruhestand im Mai 2014 für die Bунdesagentur für Außenwirtschaft (bfai), die spätere Gesellschaft Germany Trade and Invest (GTaI), als Korrespondent in Taipei, Seoul und Tokio.



Social and Economic Governance
Programme Asia / Japan Office

OAG-Haus 4F
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
Tokyo, 107 0052 Japan
Tel. +81 3 6426 5041
Fax. +81 3 6426 5047
KAS-Tokyo@kas.de
www.kas.de/japan/en
www.facebook.com/KAS.Japan